

von Iglesias durch das »Ich« selbst getätigt. Die Botschaft ist klar: Ich, Pablo Iglesias, mache heute einen Schritt nach vorne und versuche, eine Kandidatur für die Europawahlen anzuführen. Weder das imperative »man« noch das »inklusive Wir« stehen im Zentrum. Vielmehr ist es das »subjektive Ich«, die Person Pablo Iglesias, die sich an die Spitze der neuen politischen Initiative stellen möchte, um die politischen Verhältnisse Spaniens zu verändern und die soziale Misere und die politische Entmachtung zu bekämpfen, unter denen die »normalen Leute« leiden. Im »Ich«, das am Ende des transkribierten Abschnittes den Schritt macht und eine Kandidatur anführen möchte, verdichtet sich eine ganze historische Konstellation. Dort stehen die Eliten und ihre illegitime Herrschaft, hier formieren wir uns jetzt, die normalen Leute, hinter mir, Pablo Iglesias, um eine soziale und demokratische Ordnung wieder einzurichten – so ließe sich die Kernbotschaft der Rede von Pablo Iglesias am 16. Januar 2014 zusammenfassen. Es ist der Tag, an dem das Podemos-Projekt erstmals einer breiten Öffentlichkeit bekannt wird.

Mit dieser personalistischen Zuspitzung endet die analysierte Passage. Freilich endet damit nicht die Ansprache von Iglesias. Vielmehr betont er noch, dass er Podemos nur anführen werde, wenn dies an einen *apoyo popular*, an öffentliche Unterstützung zurückgebunden sei. Dazu könne man sich, so Iglesias, auf der Website von Podemos eintragen. Diese demokratische Rückbindung des Podemos-Projekts wird seitens der Parteispitze immer wieder betont, bleibt aber in ihren Reden weit weniger prominent als der polarisierende und personalisierte Diskurs, wie ihn diese erste Analyse nachzeichnete. So wird sich denn auch die öffentliche Aufmerksamkeit sehr klar auf den Unten-oben-Konflikt von Podemos zuspitzen, wie er von der Führung der neuen Partei vorgebracht wird. Die basis- und direktdemokratischen Fundamente des Podemos-Projekts werden dagegen eine vornehmlich interne Angelegenheit bleiben und vor allem seitens der Parteibasis betont werden (dazu dann: Kap. V.5).

3.2 Böses Europa, gutes Europa (Mai/Juli 2014)

Die allererste Rede, die Iglesias am 16. Januar 2014 als zu jener Zeit noch informeller Frontmann von Podemos tätigt, enthält bereits Kernelemente des Podemos-Diskurses. Erstens stilisiert sich die junge Partei als eine Kraft, die den Protest der Indignados auf der politischen Bühne reartikuliert. Podemos agiert als eine politische Partei neuen Typs, die eine *Scharnierstellung* zwischen der institutionellen Politik und der Zivilgesellschaft einnimmt. Zweitens disqualifiziert die junge Partei die Eliten mit einer doppelten, *diskursiven* wie *sinnlichen* Geste. Der Podemos-Diskurs kreist explizit und immerfort um den Konflikt »unten gegen oben«. Eine privilegierte Minderheit habe Spaniens Ordnung in mehrfacher Hinsicht zerrüttet, ein neuer Akteur müsse sie nun im Namen von konsensualisierten, deutungsoffenen Werten (Anstand, Demokratie, Menschenrechte) wiederherstellen, so die Diktion von Iglesias bei seiner Vorstellungsrede. Zugleich verweist dieser Diskurs impliziter, aber keineswegs verborgen, auf das Erscheinungsbild, den Habitus und die Lebensverhältnisse von Iglesias und seinen Mitstreitern selbst. Sie verkörpern die »normalen Leute«, sie können für das Volk sprechen, weil sie Teil des Volkes sind.

Die Botschaft verfängt offenbar. Die Partei erzielt beim ersten Urnengang, an dem sie teilnimmt, ein allseits überraschendes Ergebnis. Bei den EU-Wahlen am 25. Mai 2014

erreicht Podemos acht Prozent der Stimmen und fünf Sitze im Europäischen Parlament in Straßburg.³⁸ Etwas mehr als eine Million Spanierinnen haben Podemos gewählt – besser gesagt, sie haben die Partei von Pablo Iglesias gewählt. So heiter die Stimmung am Wahlabend ist, die Rede von Iglesias, von der hier ihr Einstieg wiedergegeben wird, ist nicht nur euphorisch:

Wenige erwarteten so ein Ergebnis für uns. Aber erlaube mir, dass ich zur Trauer aufrufe und auch darauf, wachsam zu bleiben. Die Parteien der Kaste [*casta*] haben eines der schlechtesten Ergebnisse ihrer Geschichte erzielt. Dennoch muss ich betonen: Wir haben bisher nicht unser Ziel erreicht, sie zu übertreffen. Morgen wird es weiter sechs Millionen Arbeitslose geben. Morgen wird man in unserem Land weiter Familien zwangsräumen. Morgen wird man weiter Krankenhäuser privatisieren. Es werden weiter Menschen zu unverschämten Bedingungen arbeiten und junge Leute werden weiter ins Ausland gehen müssen. Es wird weiter ein Viertel der Bevölkerung arm sein. Es wird weiter migrantische Arbeitskräfte geben, die man wie Vieh behandelt, weiter straffreie Banker, weiter korrupte Banker, die sich in öffentliche Dienstwagen setzen. Morgen werden Merkel und die Mächtigen weiter Entscheidungen gegen uns und gegen die Leute [*la gente*] treffen.

Wir sind stark gewachsen. Aber die Aufgabe, die morgen vor uns steht, ist enorm. Deshalb möchte ich alle demokratisch engagierten Leute [*gente*] darum bitten, wachsam zu bleiben. Podemos wurde nicht geboren, um eine Nebenrolle zu spielen. Podemos wurde geboren, um aufs Ganze zu gehen. Und wir werden aufs Ganze gehen. (Iglesias 2014b, 1:25-2:51)

Die ersten Minuten der Rede – die in den Talkshows und Fernsehsendungen eingeblendet und rege kommentiert wurden (vgl. La Sexta 2014) – des Vorsitzenden einer Partei, die vor dem Wahltag noch vielen Millionen Spanier unbekannt war, vermeiden jede Selbstgefälligkeit, sondern machen ein polarisiertes Szenario zwischen zwei grundsätzlich verschiedenen politischen Akteuren auf. Was bei der Vorstellungsrede von Podemos im Januar 2014 eine »privilegierte Minderheit« war, wird nun, einige Monate später, auf die »Parteien der Kaste« zugespitzt. Kaste (*casta*), dieser stark pejorative Begriff ist bei Podemos ein reartikulierter Signifikant, er verweist auf eine abgehobene Herrschaftsschicht, die sich von der restlichen Bevölkerung abgrenzt und über sie herrscht – und zwar politisch genauso wie ökonomisch und kulturell. Im modernen Spanien gebraucht erstmals Podemos den Begriff der Kaste in der politischen Auseinandersetzung.³⁹ Denn wer als Kaste gilt, ist kein legitimer Gegner, sondern ein illegitimer Feind. Diese antagonistische – nicht agonale – Grenzziehung gegenüber Parteien, die noch immer eine Mehrheit hinter sich scharen, kann Iglesias nur tätigen, indem er ihnen den Status

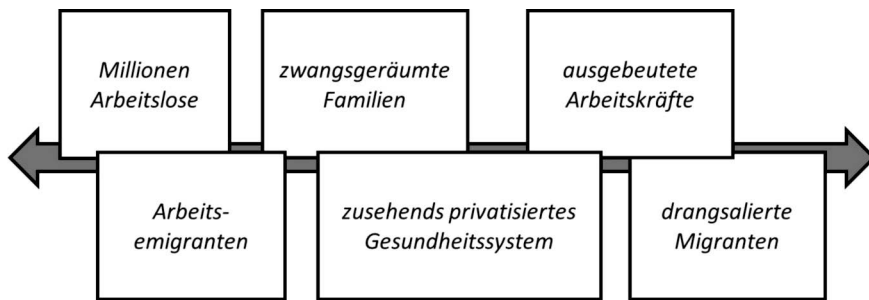
38 Umfragen sagten Podemos zur EU-Wahl ein bis zwei Prozent voraus (vgl. Metroscopia 2014, Cortizo 2014)

39 Die Artikulation des Signifikanten »Kaste« geschieht bei Podemos (erneut) als ein Übersetzungsprozess, diesmal aus dem italienischen Kontext (vgl. Aguilera de Prat 2015). Wichtig ist dafür das Werk *La Casta* (2007) von Sergio Rizzo und Gian Antonio Stella, in der die Korruption und Seilschaften des politischen Establishments in Italien analysiert wird. Für die spanische Übersetzung im Jahr 2015 verfasste Íñigo Errejón das Vorwort.

als demokratische Repräsentationsinstanzen *abspricht*. Die »Parteien der Kaste« werden zwar vom Volk gewählt, sie repräsentieren aber nicht das Volk, sondern die Interessen einer privilegierten Minderheit, wie hier die Kategorien »die Mächtigen«, »die Banker« oder eben »die Kaste« verdeutlichen. Der Antagonist erhält folglich mit dem Begriff der Kaste eine personalisierende und, vor allem, polarisierende Zuschreibung. Der frühe Diskurs von Podemos, den diese Studie betrachtet, entwirft ein Schwarz-Weiß-Szenario: Die »Parteien der Kaste« regieren nicht nur mittelmäßig oder schlecht, sie regieren *gegen* das Volk.

Demgegenüber gebärdet sich Podemos als Repräsentant der Leute (*la gente*), die in der langen Aufzählung im ersten Abschnitt des Zitats von Iglesias einerseits als Krisenverlierer erscheinen, andererseits aber auch als eine potentielle soziale Mehrheit. Die Aufzählung schafft auf der Innenseite des Diskurses eine breite Äquivalenzkette von Bevölkerungssektoren, für die das Podemos-Projekt sprechen, ja die in diesem aufgehoben sind:

Abb. 23: Äquivalenzkette des frühen Podemos-Diskurses (Frühjahr 2014)



Die Äquivalenzkette, die Iglesias in seiner Rede schafft, hat *Querschnittscharakter*. Die Millionen Arbeitslose, die verarmten Bevölkerungsschichten, die Migranten, die für miserable Löhne arbeiten, die Menschen, die ins Ausland emigrieren müssen – sie alle zeichnen das krisengerüttelte Spanien aus. Zugleich sind all diese benachteiligten sozialen Gruppen das implizite Fundament der Gesellschaft als Ganzes. Jedes dieser Kollektive erfüllt eine zentrale Funktion oder möchte diese erfüllen, ob durch Lohnarbeit, Arbeitssuche, Reproduktionsarbeit oder Gesundheitsversorgung. Doch so fundamental alle Gruppen für die Gesellschaft sind, sie stehen unter Leidensdruck. Die Familien, denen Zwangsräumungen drohen, die schlecht bezahlten Arbeitskräften oder die Arbeitslosen befinden sich alle in angespannten oder gar unhaltbaren Lebensverhältnissen. Dieses Leiden erfahren alle Bevölkerungsgruppen – von der armen Familie über die Migrantinnen und die Ausgewanderten hin zu den ausgebeuteten Arbeitskräften. Sie alle vereint, dass sie *Objekte* einer ungerechten Herrschaft sind, die von den »Parteien der Kaste« ausgeht. Deshalb appelliert Iglesias am Anfang seiner Rede an »die Trauer«: Der Unterdrückungszustand dieser breiten, krisengerüttelten Bevölkerungsmehrheit hält an, Podemos als *die* Kraft, die diesen Zustand verbessern könnte, ist noch nicht stark genug. Die junge Partei erscheint in dieser Darstellung als der Erlöser, der die vielfältigen benachteiligten Bevölkerungssektoren nicht nur repräsentieren, sondern

ihren Zustand grundsätzlich verändern könnte. Die Hoffnung darauf, dass Podemos weiter wächst, keine Acht-Prozent-Partei bleibt, sondern, wie Iglesias betont, »aufs Ganze gehen kann«, geschieht auf der Grundlage der normativen Erwartung, dass die neue Kraft Spanien grundsätzlich verändern könnte.

Freilich ist das Szenario, das der Podemos-Diskurs zeichnet, nicht nur gespalten, sondern auch asymmetrisch. Iglesias und Co. spinnen ein fast schon episches Narrativ. Sie führen eine Partei der normalen, aber verarmten Leute an, welche die Herrschaft der Mächtigen in Frage stellt. Zu dieser Erzählung gehört auch, dass der Podemos-Diskurs sowohl auf seiner protagonistischen Innenseite als auch auf seiner antagonistischen Außenseite mit *Personifikationen* arbeitet. Auf der Innenseite wird in der obigen Rede von Iglesias nicht im Allgemeinen über »leidende und arme Menschen« gesprochen, sondern über konkrete Gruppen (Familien, prekäre Arbeiterinnen, Migranten etc.), von denen ein unmittelbares Identifikationspotential ausgeht. Dasselbe gilt auf der Außenseite. Die »Mächtigen« schlagen sich nicht nur in der Figur der »Kaste« nieder, sie verkörpern sich zudem in Politikern, Bankern – und in Frau Merkel. »Morgen werden Merkel und die Mächtigen weiter Entscheidungen gegen uns und gegen die Menschen [*la gente*] treffen« – Iglesias (ebd.: 2:20-2:32) nimmt quasi eine Periphrase vor, er verbindet den abstrakten Begriff »der Mächtigen« mit der konkreten Person Angela Merkel. Letztere nimmt eine sehr aktive Agency ein, sie wird als die Entscheiderin stilisiert, die der Allgemeinheit, für die Podemos eintritt, Schaden zufügt.

Pablo Iglesias, Präsidentschaftskandidat für das EU-Parlament (Juli 2014) Die antagonistische Personifikation, die im Podemos-Diskurs »Merkel« einnimmt, weist darauf hin, dass sich die junge Partei von der Europäischen Union des Jahres 2014 abgrenzt. Podemos schreibt der EU-Kommission eine Schlüsselrolle bei der Forcierung der Austeritätspolitik in Spanien zu. Die »Troika«, »Brüssel«, »Berlin«, »Merkel« und »Schäuble« werden in den Reden von Iglesias und Co. immer wieder als Allegorien gebraucht, um die Infragestellung von Demokratie und Sozialstaatlichkeit in Spanien zu beschreiben. Gleichzeitig jedoch agiert Podemos nicht als eine europaskeptische Partei im Stile der AfD, sondern eher als eine Partei, die ein anderes Europa, ein Europa der »normalen Leute« anstrebt (Roch 2020: 9f.). Um die ambivalente Rolle zu erfassen, die Europa für Podemos spielt, bietet sich die erste Rede an, die Iglesias in einem Parlament, nämlich dem europäischen, am 1. Juli 2014 in Straßburg hält. Er tritt dort als Kandidat der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken (GUE/NGL) an, um sich für das Amt des Präsidenten des EU-Parlaments zu empfehlen. Obschon die Kandidatur von Iglesias gegenüber der von Martin Schulz, dem Konsenskandidaten von Sozialdemokraten, Konservativen und Liberalen aussichtslos ist, so zeigt sie dennoch, dass Podemos eine der aufstrebenden Kräfte der europäischen Linken ist (vgl. Hrbek 2014: 221). Mit der Kandidatur von Iglesias wird der Podemos-Aufstieg europaweit gewürdigt und dem aufstrebenden Politiker eine erste internationale Profilierungschance geboten.

Die Rede von Iglesias konturiert ein Europa am Scheideweg, das von einem gespaltenen Szenario geprägt ist. Bereits in ihrem zweiten Satz tritt das zentrale Motiv der Ansprache hervor: »Dieses Parlament ist dazu berufen, die Souveränität Europas zu repräsentieren, und wir, wehrte Abgeordnete, müssen auf der Höhe dessen sein, was das

heute bedeutet.« (Iglesias 2014c: 00:18-00:27)⁴⁰ Ähnlich wie schon Anfang 2014 verbindet Iglesias eine scheinbare Feststellung mit einer normativen Erwartung. Dem EU-Parlament wird eine hochtrabende, faktisch weit über seine Kompetenzen hinausgehende Rolle zugeschrieben: die Repräsentation der »Souveränität Europas«. ⁴¹ Dies könnte vieles heißen, und tatsächlich Iglesias wird in den nachfolgenden Minuten eine eigensinnige Deutung dieser europäischen Souveränität vorstellen. Entscheidend ist an dieser Stelle, dass der scheinbare Auftrag des Parlaments von einem »Wir« einzulösen ist, von dem Iglesias – man achte auf das Imperativ – eine korrekte Deutung der europäischen Vision erwartet. Doch das »Wir« ist auch inklusiv geprägt, es lädt prinzipiell alle EU-Parlamentarierinnen auf seine Seite ein.

Die Gegensätze, die Iglesias' Rede in ihrem Hauptteil aufmacht (ebd.: 1:47-6:34), sind wertend geprägt, und zwar sowohl in aufwertender als auch in abwertender Hinsicht. Es geht dem Podemos-Politiker nicht darum, eine bessere politische Alternative gegenüber einer schlechteren, aber grundsätzlich legitimen Option zu profilieren, sondern darum, sich für ein *demokratisches* Europa und gegen ein *undemokratisches* zu entscheiden. Die Vision eines demokratischen Europas sei so drängend, weil die aktuelle Entwicklung in eine ganz andere, autoritäre Richtung weise. »[D]ie Demokratie in Europa ist Opfer einer autoritären Abdrift geworden«, so Iglesias (ebd.: 3:00-3:07). Eine zentrale ökonomische Entwicklung prägt diesen Regress:

Die Enteignung der Souveränität und die Unterwerfung unter die Regierung der Finanzeliten gefährden die Gegenwart und die Zukunft Europas, sie gefährden unsere Würde, sie gefährden unsere Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit, sie gefährden unser gemeinsames Leben. Die Schaffung neuer supranationaler Institutionen darf nicht um den Preis kommen, die Bürgerschaft zu entmündigen. Unsere Völker [*pueblos*] sind nicht minderjährig oder Kolonien von Investmentfonds, sie eroberten und verteidigten nicht ihre Freiheit, um sie der Finanzoligarchie auszuhändigen. (Ebd.: 1:57-2:32)

Den Finanzeliten wird in der Rede eine absolute Macht zugeschrieben, sie scheinen das Zusammenleben in politischer wie sozialer Hinsicht zu unterhöheln. Enteignung, Unterwerfung, Gefährdung, Entmündigung – die Liste der Wörter, die die Herrschaft der Finanzeliten beschreiben, zeigt vor allem auf, dass Iglesias ein bedrohliches *Upside-down-Szenario* beschreibt, bei dem ehemals mündige, mächtige, ungefährdete und reiche Völker umfassend unter eine fremdbestimmte Herrschaft geraten und drohen, alles zu verlieren. Doch was verlieren die Völker eigentlich? Iglesias arbeitet hier mit einer klaren Rangfolge, an erster Stelle steht für ihn die *Souveränität*. Sie benannte er bereits am Anfang seiner Rede und tut es jetzt wieder. Er gebraucht dabei einen empathischen Begriff von Demokratie, der diese als Volkssouveränität, hier als Souveränität der Völker

40 Die Rede von Iglesias ist in seiner spanischen Originalfassung verschriftlicht unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-8-2014-07-01-ITM-004_DE.html (Zugriff: 26.10.2022).

41 Zwar hat das EU-Parlament nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon Ende 2009 erweiterte Befugnisse (in der Gesetzgebung, dem EU-Haushalt oder der Kontrolle der EU-Kommission), seine Kompetenzen bleiben jedoch gegenüber denen nationaler Parlamente immer noch stark beschränkt. In diesem Sinne ist auch dieses aufgewertete EU-Parlament immer noch nicht in der Lage, das strukturelle Demokratiedefizit der Europäischen Union zu beheben (dazu: Wiesner 2017 mit Blick auf die Finanzkrise).

versteht. Iglesias stellt es an anderer Stelle klar: »Das beste Erbe Europas ist der Wille seiner Bürger, frei zu sein und niemandem Untertan. Niemandem Untertan sein, dies, wer te Abgeordnete, ist die Demokratie.« (Ebd.: 1:30-1:45) Das Niemand-Untertan-Sein, mit dem er die Demokratie definiert, macht die Idee der Souveränität zentral, ohne sie mit dem Freiheitsbegriff zu konfrontieren – der ja prinzipiell eine freie Marktwirtschaft begründen könnte. In seiner empathischen Aufladung wird bei Iglesias das Niemandem-Untertan-Sein zur Herrschaftsfreiheit, die keine fremde Macht neben der Macht der Bürgerinnen akzeptiert. Die Freiheit wird damit zum urdemokratischen Ideal der Gestaltungsfähigkeit der Bürger über das Gemeinwesen gemacht.

Die Herrschaft der Finanzeliten ist auch deshalb so gefährlich, weil sie in den Augen von Iglesias die materielle Grundlage der Demokratie selbst unterhöhlt: die (relative) Gleichheit der Bürgerinnen sowie die sozialstaatlichen Institutionen, die diese Gleichheit aufrechterhalten. Die Völker Europas lebten heute, so Iglesias, nicht im »Europa der Freiheiten und sozialen Rechte, für das sie gekämpft hatten«, sondern »in der Angst vor der Armut, der Ausgrenzung, der Arbeitslosigkeit oder der Schutzlosigkeit vor der Krankheit« (ebd.: 1:52-1:60). Es wird hier die Geschichte vom Verlust eines besseren Zustandes geschildert, den die Bürger selbst erfochten hatten. Diese Gleichheit ist für Iglesias die Voraussetzung des Zusammenlebens, sie macht das »gemeinsame Leben« aus, das er im obigen Zitat verteidigt.⁴² Die Geste von Iglesias ist – wie schon in der ersten analysierten Rede (Kap. V.3.a) – in einem gewissen Sinne konservativ geprägt, zielt sie doch auf die Wiederherstellung eines Zustandes, von dem angenommen wird, dass er früher einmal galt. Es ist die klassische sozialdemokratische Vision eines Europas, in dem staatliche Umverteilung und demokratische Willensbildung die unbedingte Herrschaft der Kapitalinteressen brechen und den freien Markt in seine Grenzen weisen. Was genau die alte sozialdemokratische Zeit auszeichnet, bleibt zwar in der Rede von Iglesias unklar. Deutlich jedoch wird, dass die Überwindung der jetzigen Situation kein Totalumbruch wäre, sondern eher die Re-Institution einer Ordnung, die schon einmal instituiert war. Im Zeichen dieser wiederherstellenden Geste fällt denn auch die Diagnose der Gegenwart besonders hart aus. Für Iglesias gilt, dass die Bürgerinnen heute – anders als früher – so unfrei wie auch verarmt sind, dass sie nicht mehr als demokratische Subjekte agieren können, sondern nur mehr *Herrschaftsobjekte* sind.

Diese scharfe Diagnose wird in der Rede durch die Tatsache zugespitzt, dass »die Politiker« nicht auf der Seite des Volkes stehen und dieses repräsentieren, sondern als Teil der »Finanzoligarchie« erscheinen:

Es ist empörend, wie leichtfüßig hier Lobbys ein- und ausgehen, die Großkonzernen dienen. Empörend sind auch die Drehtüren zwischen Wirtschaft und Politik, die demokratische Repräsentanten in von großen Unternehmen bezahlte Millionäre verwandeln. Man muss es laut und klar sagen: Diese Funktionsweise raubt den Völkern ihre Souveränität, verstößt gegen die Demokratie und macht die politischen Repräsentanten zur Kaste. (Ebd.: 2:37-3:04)

42 Es dürfte also kein Zufall sein, dass Iglesias die etablierte Formel *liberté, égalité, fraternité* in ihrer Reihenfolge abändert, um daraus »Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit« zu machen, erscheint doch damit die Symmetrie zwischen den Bürgern als Voraussetzung für deren freies Handeln.

Das Bild, das Iglesias skizziert, ist düster. Die Lobbys, die im EU-Parlament »leichtfüßig ein- und ausgehen« fungieren als Hyperbel, um in aller Klarheit zu unterstreichen, wie stark sich die Politik den Wirtschaftsmächten unterordnet. Doch es ist weder schlicht »die Politik« oder »die Wirtschaft«, die der Podemos-Politiker angreift, sondern die politischen Vertreter und die großen Konzerne. Letztere sind, wie verschwörungstheoretisch nahelegt wird, die Macht im Dunkeln. Das Parlament ist keine Volksvertretung mehr, sondern *de facto* ein Ort, in dem die Volkssouveränität ausgehebelt wird. Iglesias' Diagnose läuft auf ein polares Motiv zu: Auf der einen Seite steht die »Kaste«, auf der anderen Seite stehen die ihrer Souveränität beraubten Völker.

Wer aber ist das Volk (*el pueblo*) oder sind die Völker (*los pueblos*), die Iglesias als tugendhafter Gegenspieler der Finanzoligarchie konturiert? In seiner Rede avanciert der Signifikant des Volkes zur Chiffre für drei verschiedene, gleichwohl miteinander verschachtelte Bestimmungen. Auf allgemeinsten Ebene gebraucht Iglesias den Begriff des Volkes synonym zu *Volkssouveränität*. Das Volk erscheint in Gestalt einer Bevölkerung, die anders als die »Kaste« das wahre Souverän ist, aber in ihrer Souveränität grundsätzlich behindert ist. So erhält das Volk in der Rede eine kontrafaktische Bestimmung. Es ist ein Versprechen, dessen Einlösung aussteht. Das demokratische Volk erscheint hier bar seiner Repräsentanten, diese haben jenes im Stich gelassen, so Iglesias' Tenor. Doch zugleich intoniert er die Volkssouveränität als eine Möglichkeit, mit deren Rückkehr jederzeit zu rechnen sei. Als Souverän wird die Bürgerschaft, wie er betont, »früher oder später Rechenschaft für das verlangen, was in ihrem Namen gemacht wurde« (ebd.: 5:18-5:26). Das Volk ist als verhandeltes Souverän eben auch eine verbitterte und potentiell empörte Instanz, vor der sich die Herrschenden fürchten sollten.

Die zweite Bestimmung nimmt diese Ideen von Souveränität und Empörung auf, gibt aber dem Konzept des Volkes eine konkrete, fast schon europarechtliche Wendung. Iglesias verteidigt die peripheren Länder Europas im Osten und besonders im Süden, die von den angeblich nordeuropäisch dominierten EU-Institutionen unterjocht werden. Fortwährend wird die Würde der »Völker des Südens« verteidigt – ihr Souveränitätsverlust und ihre Erniedrigung, die wohlbegründete Metaphern wie »Protektorate« und »Kolonien« eindringlich zu markieren suchen, dürften genauso wenig hingenommen werden wie das fremdbeschreibende Akronym »PIGS« (abkürzend für: Portugal-Italy-Greece-Spain). Die Asymmetrie zwischen dem Zentrum und der Peripherie Europas spitzt sich in der Rede von Iglesias auf den Mechanismus der Schuldenbegrenzung zu: »[D]ie Schulden sind heute ein Mechanismus der Macht und der Plünderung der Völker des Südens.« (Ebd.: 3:45-3:51) Das Instrument der Schuldenbremse erhält in der Passage eine Sinnverkehrung. Ein Mechanismus der Haushaltsstabilisierung wird zum Mechanismus der Machtausübung und Plünderung stilisiert. Iglesias' Appell an die Souveränität einerseits und an die Gleichheit andererseits bekommt so eine geopolitische Dimension. Der Demokratieverlust schlägt sich auf europäischer Ebene nieder, wo gerade die armen Länder des Südens von einem technokratischen EU-Apparat beherrscht, ja unterjocht werden.

Das »Volk« erhält in der Rede noch eine dritte Wendung. Iglesias sieht die Volkssouveränität als eine Aufgabe, die nicht primär von Berufspolitikern wahrgenommen werden kann, sondern von den Bürgerinnen selbst ausgehen muss. Die *Bürgerschaft* ist das politische Subjekt, das die Demokratie erst verwirklichen kann. So wird denn auch

die siebenminütige Rede mit einer Erzählung davon gerahmt, wie immer wieder soziale Kämpfe den »Traum Europas« und der europäischen Demokratie wiederbelebten. In seiner Ouvertüre umreißt Iglesias einen alternativen Gründungsmythos Europas: »Europa gelang es, im Widerstand seiner Völker gegen den Faschismus aufzuwachen, in den Überlebenden der Konzentrationslager, in denjenigen, die ihr Leben für Gerechtigkeit und Freiheit ließen.« (Ebd.: 00:30-00:45) Die Wiedergeburt von Europa wird anders als üblich nicht in den Verträgen der Nachkriegszeit verortet, sondern im Widerstand gegen den Faschismus. Iglesias beruft sich dabei nicht nur auf die Antifaschistinnen, sondern auf den Kampf der »Völker« gegen den Faschismus. Die demokratische Befreiung konnte, so der Subtext, nur gelingen, weil ihr Kampf so existentiell wie kollektiv war. Dieser demokratische Gründungsmythos fungiert als Kontrastfolie, um die Gegenwart, gekennzeichent von der Herrschaft der »Finanzoligarchie«, als ein Verlustnarrativ darzustellen.

Allerdings ist für Iglesias der Ist-Zustand nicht nur erdrückend, er enthält mehr als nur voluntaristische Anrufungen der Volkssouveränität. Der Sprecher richtet seine abschließenden Worte – unterbrochen durch Zwischenrufe, die die Exposition ob ihrer Überlänge rügen – an die Bürgerinnen selbst. Er sieht sie als die Protagonisten einer möglichen Erneuerung der Demokratie in Europa. »Den Millionen, die Ihr auf den europäischen Plätzen ›Es reicht!‹ gerufen habt, möchte ich sagen, dass Ihr der Stolz von Europa seid und sein demokratisches Herz ausmacht.« (Ebd.: 6:43-6:53) Analog zum antifaschistischen Widerstand verortet dieses Fazit die Demokratie außerhalb des Parlaments und plädiert für eine *Aktivierung der Gesellschaft*.

Weit prononcierter als noch bei der Präsentation von Podemos Anfang 2014, schreibt Iglesias' Rede den Parteien vis-à-vis den Bürgerinnen eine untergeordnete Rolle zu. In seiner Erzählung sind die protestierenden Bürger die treibende Kraft, sie sind die Subjekte der Demokratie, wohingegen den Parteien lediglich die Aufgabe zukommt, derartige Protestartikulationen im Parlament zu *übersetzen*. Gegenüber dem hegemonialen Machtblock, den die tradierten Parteien und die Finanzeliten bilden, wird auf diese Weise ein gegenhegemonialer Machtblock in Stellung gebracht, der sowohl auf der Straße als auch im Parlament eine demokratische Alternative anbietet. Das gelingende Modell einer repräsentativen Demokratie ist, so der Tenor von Iglesias im EU-Parlament, eines, in der wahrlich demokratische Parteien den Schulterschluss mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen suchen.

Freilich bleibt der eigentlich Protagonist des Protestes prinzipiell blockiert. In den politischen Institutionen können die Protestler nicht sprechen, vielmehr wird *für* sie gesprochen. Pablo Iglesias ist mehr als nur das Sprachrohr, als das er sich beschreibt. Vielmehr artikuliert er proaktiv äußerst disparate Phänomene – vom Widerstand gegen den Faschismus über die aktuelle Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU oder die Funktionsweise des Europäischen Parlaments hin zur Protestwelle von 2011 und der Folgejahre – zu einem *kohärenten* Diskurs über eine Gesellschaft, die sich in Dichotomien aufspaltet. Hier steht die Souveränität der Völker, dort die Finanzoligarchie, hier steht die lebendige Solidarität der europäischen Peripherie, dort die technokratische Austerität eines autoritären EU-Apparates, hier stehen die protestierenden Bürgerinnen, dort die abgehobene Kaste. Auf der einen Seite steht der verwerfliche Zustand, der heute vorherrscht,

auf der anderen steht die hehre Vision eines demokratischen Europas, als dessen politischer Vorkämpfer sich Pablo Iglesias in Szene setzt.

3.3 Wir können Volk werden (Januar 2015)

Nur wenn die von unten wollen und die von oben nicht können, öffnet sich die Chance zum Wandel. Den Wandel nennen die von oben Experiment und Chaos. Wir, die von unten, nennen ihn Demokratie.

(Pablo Iglesias, *Marcha del Cambio*, 31.1.2015)

Die analysierten Reden von Pablo Iglesias halten die Konfliktlinie von unten gegen oben hoch. Sie bringen ein unterdrücktes, aber souveränes Volk gegen die angebliche Vorherrschaft einer zur homogenen »Kaste« verschmolzenen politischen und ökonomischen Elite in Stellung. Dieses Volk fordert vor allem eines: Demokratie. Der Diskurs, der sich dergestalt artikuliert, ist brechend, er stellt sich quer zur hegemonialen Selbstbeschreibung Spaniens als einer liberalen, politisch befriedeten und pluralistischen Gesellschaft. Podemos führt in die politische Sphäre einen Populismus ein, gegenüber dem (zunächst) die Antworten schwerfallen. In diesem und im nächsten Schritt interessiere ich mich dafür, wie sich bei Podemos der Unten-oben-Gegensatz und der emphatische Demokratiebegriff mit weiteren Diskursmomenten vermengen. Denn es sind erst diese Vermengungen, die den Erfolg genauso wie die Grenzen von Spaniens neuartigem Populismus verstehbar machen. Um dem nachzugehen, werde ich andere Stimmen als nur diejenige der Führungsfigur Pablo Iglesias sprechen lassen – sowie verstärkt auf das Setting achten, in dem sich diese Stimmen artikulieren, und das sie mitartikulieren.

Diese erweiterte Diskursanalyse führt zunächst in den Januar des Jahres 2015. Podemos, eine kaum seit einem Jahr bestehende Partei, ist zu diesem Zeitpunkt zwar noch – lässt man die fünf Sitze im EU-Parlament außen vor – eine außerparlamentarische Kraft. Zugleich aber scheint das *Gelegenheitsfenster*, das Podemos als seine Möglichkeitsbedingung definierte, *offen* wie zu keinem anderen früheren und, so lässt sich im Nachhinein feststellen, späteren Zeitpunkt. Im Inland bleibt die Zentralregierung der konservativen Volkspartei PP durch Korruptionsfälle delegitimiert, während die sozialistische Opposition unter ihrem neuen Vorsitzenden Pedro Sánchez noch ziellos wirkt. Und in Europa erwächst der Austeritätsfront, die die sogenannte Troika des Internationalen Währungsfonds, der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank bilden, erstmals ein Gegenspieler. Am 25. Januar gewinnt das linke Bündnis Syriza mit 36 Prozent die Parlamentswahlen in Griechenland und wird mit der Regierungsbildung beauftragt. Syriza ist das Vorbild, dem Podemos folgen möchte. Das Superwahljahr 2015 mit Kommunal- und Regionalwahlen im Frühling und Herbst und mit Parlamentswahlen im Dezember bietet sich dafür an. Mit dem Hashtag »#2015, der Wandel beginnt« intoniert